

INTERPELLATION VON ALOIS GÖSSI UND MARTIN B. LEHMANN
BETREFFEND KONSEQUENZEN AUS DEM UNO-KLIMABERICHT

VOM 6. FEBRUAR 2007

Die Kantonsräte Alois Gössi, Baar, und Martin B. Lehmann, Unterägeri, haben am 6. Februar 2007 folgende **Interpellation** eingereicht:

Der im Auftrag der UNO erstellte 800-seitige Klimabericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), welcher in einer beispiellosen Zusammenarbeit von über 500 Wissenschaftlern erarbeitet wurde, ist zwar noch nicht öffentlich verfügbar. Der diese Tage in Paris publizierte Summary for Policymakers spricht aber bereits eine deutliche Sprache. So identifiziert der Bericht den Menschen als den Hauptverantwortlichen für den gefährlichen Klimawandel. Und die Treibhausgase aus der Nutzung fossiler Brennstoffe durch Verkehr, Kraftwerke, Heizungen und Fabriken bringen mit grosser Gewissheit den Energiehaushalt der Erde aus dem Gleichgewicht. Konkret prognostiziert der IPCC-Bericht einen Anstieg der Durchschnittstemperatur auf der Erde um 1,8 bis 4 Grad Celsius bis ins Jahr 2100 und infolge des raschen Abschmelzens des Landeises auf Grönland und der Antarktis einen Anstieg des Meeresspiegels um 18 bis 59 Zentimeter. Entsprechende Reaktionen von Regierungen - mittlerweile selbst aus den USA - wie auch von Industrie, Versicherungen und Banken zeigen, dass der Ernst der Lage immer mehr auch jenseits der Umweltverbände erkannt wird.

Im Wissen um die Notwendigkeit einer globalen und einschneidenden Reduktion des CO₂-Ausstosses ist uns leider durchaus bewusst, dass alleine die Schadstoffe der mehreren hundert mit Steinkohle betriebenen Kraftwerke in China selbst substanziellste Einsparungen in Europa zunichte machen würden. Trotzdem sind im Sinne von "Think global, act local" verschiedenste Massnahmen auch in unserem Kanton denkbar und angezeigt. Mögliche Schritte sind dabei u.a. Vorgaben zur Energieeffizienz, eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer für energieineffiziente Fahrzeuge, die Einführung eines Minergie-Standards, aber auch verwaltungsinterne Massnahmen wie die Erreichung der CO₂-Neutralität, der Einkauf von Öko-Strom oder CO₂-Kompensations-Flugtickets etc.

Vor diesem Hintergrund gelangen wir mit folgenden **Fragen** an den Regierungsrat:

1. Sieht der Regierungsrat - nicht zuletzt aufgrund des vorliegenden IPCC-Klimaberichtes - einen Handlungsbedarf für Klimaschutz-Massnahmen in unserem Kanton und welche Strategie verfolgt er in diesem Bereich?

2. Welche konkreten Massnahmen plant der Regierungsrat auf Stufe Verordnung resp. mit dem Vorlegen entsprechender Gesetzesvorlagen einzubringen, um dem CO₂-Ausstoss entgegen zu wirken und in welchem Zeitraum?
 3. Ist der Regierungsrat bereit, die Bevölkerung mit geeigneten Mitteln auch über gesetzliche Massnahmen hinaus für den Klimaschutz zu sensibilisieren und wenn ja, mit welchen?
-